

PLANZEICHENERKLÄRUNG

FÜLLSCHEMA DER NUTZUNGSSCHABLONE

ART DER BAULICHEN NUTZUNG	ZAHLE DER VOLLGESCHOSSE
GRUNDFLÄCHENZAHL	GESCHOSSFLÄCHENZAHL
TRAUFHÖHE	BAUWEISE

ART DER BAULICHEN NUTZUNG



ALLGEMEINE WOHNGEBIETE

MASS DER BAULICHEN NUTZUNG

0,4 u. 0,7

GESCHOSSFLÄCHENZAHL

0,4

GRUNDFLÄCHENZAHL

I u. II

ZAHLE DER VOLLGESCHOSSE ALS HOCHSTGRENZE

TH
3,5 u. 6,5m

HÖHE BAULICHER ANLAGEN ALS HOCHSTGRENZE ÜBER FAHRBAHNOBERKANTE
TH = TRAUFGRENZE

BAUWEISE, BAULINIEN, BAUGRENZEN

o

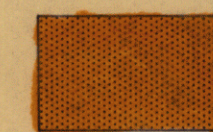
OFFENE BAUWEISE

E

NUR EINZELHÄUSER ZULÄSSIG, WOHNGEBAUDE DÜRFEN IM BEREICH DER I- GESCHOSSIGEN BAUWEISE NICHT MEHR ALS ZWEI WOHNUNGEN HABEN

BAUGRENZE

VERKEHRSLÄCHEN



ÖFFENTLICHE STRASSENVERKEHRSLÄCHEN

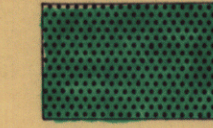


STRASSENBEGRÄNZUNGSLINIE AUCH GEGENÜBER VERKEHRSLÄCHEN BESONDERER ZWECKBESTIMMUNG

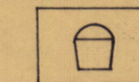
P

ÖFFENTLICHE PARKFLÄCHE

GRÜNFLÄCHEN

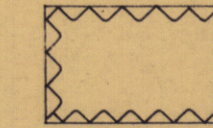


ÖFFENTLICHE GRÜNFLÄCHEN

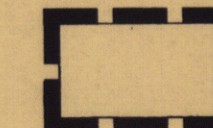


SPIELPLATZ

SONSTIGE PLANZEICHEN



UMGRENZUNG DER FLÄCHEN, DIE VON DER BEBAUUNG FREIZUHALTEN SIND VON JEDLICHER SICHTBEHINDERUNG OBERHALB 0,80m ÜBER STRASSENBERKANTE FREIZUHALTEN (SICHTDREIECK)



GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHS DES BEBAUUNGSPLANS

ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER NUTZUNG, z.B. VON BAUGEBIETEN, ODER ABGRENZUNG DES MASSES DER NUTZUNG INNERHALB EINES BAUGEBIETS

Präambel

Auf Grund des § 1 Abs. 3 und des § 10 des Bundesbaugesetzes (BBauG) i. d. F. vom 18.8.1976 (BGBl. I S. 2256, ber. S. 3617), zuletzt geändert durch **Beschleunigungsnovelle vom 06.07.79** (BGBl. I S. 949) ¹⁾

und der §§ 56 und 97 der Niedersächsischen Bauordnung vom 23.7.1973 (Nds. GVBl. S. 259),

zuletzt geändert durch ²⁾ (Nds. GVBl. S. 259),

§ 1 der Niedersächsischen Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes (DVBBauG) vom 19.6.1978 (Nds. GVBl. S. 560), zuletzt geändert durch ³⁾ vom

des GVBl. S. 259,

und des § 40 der Niedersächsischen Gemeindeordnung i. d. F. vom 18.10.1977 (Nds. GVBl. S. 497), zuletzt geändert durch ⁴⁾ vom **18.02.82** (Nds. GVBl. S. 53) ¹⁾

hat der Rat der Gemeinde **Sulingen** diesen Bebauungsplan

Nr. **21** ~~zur Änderung dieses Bebauungsplans Nr. 21~~ bestehend aus der Planzeichnung

und den ~~bestehenden~~ ²⁾ nebenstehenden ³⁾ textlichen Festsetzungen - sowie den ~~bestehenden~~ ²⁾

nachstehenden ³⁾ örtlichen Bauvorschriften über die Gestaltung - ²⁾ als Satzung beschlossen

Sulingen den 11.06.1982

gez. Kling
Ratsvorsitzender

(Siegel)

gez. Knauf
Stadtdirektor

Verfahrensvermerke

Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am **05.07.1979** die Aufstellung ~~zur Änderung~~ des Bebauungsplans Nr. **21** beschlossen ¹⁾ Der Aufstellungsbeschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BBauG am **20.03.1982** ortsüblich bekanntgemacht

Sulingen den 22.03.1982

Vervielfältigungsvermerke

Kartengrundlage: Flurkartenwerk

Erlaubnisvermerk: Vervielfältigungserlaubnis für **die Stadt Sulingen**

erteilt durch das Katasteramt **Sulingen** am **19.2.1982** Az. **V1 29/82**

Die Planunterlage entspricht dem Inhalt des Liegenschaftskatasters und weist die städtebaulich bedeutsamen baulichen Anlagen sowie Straßen, Wege und Plätze vollständig nach (Stand vom **19.2.1982**)

Sie ist hinsichtlich der Darstellung der Grenzen und der baulichen Anlagen geometrisch einwandfrei

Die neu zu bildenden Grenzen lassen sich einwandfrei in die Örtlichkeit übertragen

Katasteramt Sulingen den **07.06.1982**

gez. Steinhauer
Verm. Direktor

Der Entwurf ~~zur Änderung~~ des Bebauungsplans wurde ausgearbeitet von

Stadt Sulingen - Planungsamt

Sulingen den 24.02.1982

Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am **11.03.1982** dem Entwurf ~~zur Änderung~~ des

Bebauungsplans und der Begründung zugestimmt und die öffentliche Auslegung gemäß

§ 2 a Abs. 6 BBauG beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am **20.03.1982**

ortsüblich bekanntgemacht. Der Entwurf ~~zur Änderung~~ des Bebauungsplans und der Begründung

haben vom **29.03.82** bis **29.04.82** gemäß § 2 a Abs. 6 BBauG öffentlich ausgelegen ¹⁾

Sulingen den 03.05.1982

Der Rat der Gemeinde hat in seiner Sitzung am dem geänderten Entwurf der ~~Änderung~~ ³⁾ des

Bebauungsplans und der Begründung zugestimmt und die eingeschränkte Beteiligung gemäß

§ 2 a Abs. 7 BBauG beschlossen ¹⁾ Den Beteiligten im Sinne von § 2 a Abs. 7 BBauG wurde vom

Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum gegeben

den

Der Rat der Gemeinde hat den Bebauungsplan nach Prüfung der Bedenken und Anregungen gemäß

§ 2 a Abs. 6 BBauG in seiner Sitzung am **10.06.82** als Satzung (§ 10 BBauG) sowie die Begründung

beschlossen

Sulingen den 11.06.1982

gez. Knauf
Stadtdirektor

Der Bebauungsplan ist mit Verfügung der Genehmigungsbehörde

(Az. **DH-XVII-61 70**) vom heutigen Tage unter Auflagen ~~mit Maßgaben~~ ²⁾ gemäß § 11 in Verbindung

mit § 6 Abs. 2 bis 4 BBauG genehmigt ~~teilweise genehmigt~~ ²⁾

~~Bestandteil gemachten Teile sind auf Antrag der Gemeinde vom~~ ²⁾ gemäß § 6 Abs. 3 BBauG

~~unter Genehmigung ausgenommen~~ ²⁾

Diepholz den 15.09.1982

Genehmigungsbehörde
Landkreis Diepholz

gez. Heise
Oberkreisdirektor

(Siegel)

Der Rat der Gemeinde ist den in der Genehmigungsverfügung vom (Az.

aufgeführten Auflagen / Maßgaben ²⁾ in seiner Sitzung am beigetreten ¹⁾

Der Bebauungsplan hat zuvor wegen der Auflagen / Maßgaben ²⁾ vom bis

öffentlich ausgelegen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am ortsüblich

bekanntgemacht: **AUFLAGEN REDAKTIONELLER ART, ERFÜLLUNG BEDARF**

KEINES RATSBE SCHLUSSES

den

Die Genehmigung des Bebauungsplans ist gemäß § 12 BBauG am **13.10.82** im Amtsblatt Nr. **23**

für den Regierungsbezirk Hannover bekanntgemacht worden.

Der Bebauungsplan ist damit am **13.10.82** rechtsverbindlich geworden

Sulingen den 13.10.1982

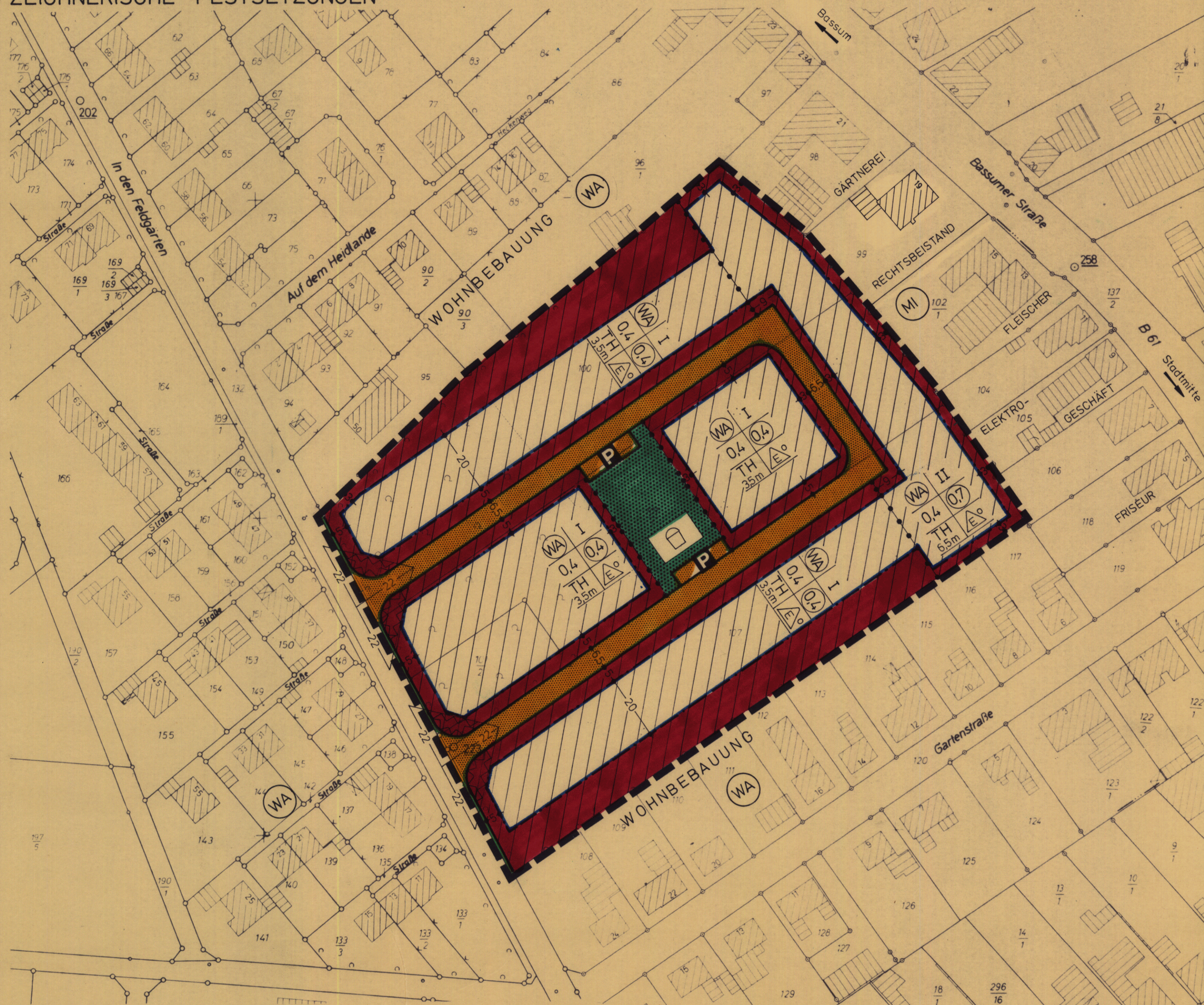
gez. Schlagelambers
Stadtdirektor i. V.

Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Bebauungsplans ist die Verletzung von Verfahrens- oder

Formvorschriften beim Zustandekommen des Bebauungsplans nicht ³⁾ geltend gemacht worden

den

ZEICHNERISCHE FESTSETZUNGEN



TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

GARAGEN SIND GEMÄSS § 12 (6) Bau NVO
NUR INNERHALB DER ÜBERBAUBAREN
GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN ZULÄSSIG.
NEBENANLAGEN UND EINRICHTUNGEN -
MIT AUSNAHME VON EINFRIEDIGUNGEN -
SIND GEMÄSS § 14 (1) Bau NVO NUR
INNERHALB DER ÜBERBAUBAREN
GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN ZULÄSSIG.

ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN ÜBER GESTALTUNG

RECHTSGRUNDLAGEN: § 97 NBau O
ERMÄCHTIGUNGS- § 56 NBau O
GRUNDLAGEN: § 9 (4) BBau G
§ 1 DVB Bau G

1) DACHFORM
SATTEL- ODER WALMDÄCHER
2) EINFRIEDIGUNGEN
IN DEN VORGÄRTEN (STRASSENFRONT UND SEITLICH BIS IN
HÖHE DES WOHNGEBAUDES) SIND ALS EINFRIEDIGUNG LEBENDE
HECKEN UND HOLZZAUNE BIS 0,80m HÖHE ZULÄSSIG.

STADT SULINGEN

Landkreis Diepholz - Regierungsbezirk Hannover

BEBAUUNGSPLAN NR. 21

"Auf dem Heidlande"

M. 1:1000

1) Entsprechend dem letzten Stand einsetzen
2) Streichen, wenn Bebauungsplan ohne örtliche Bauvorschriften über die Gestaltung
3) Nicht zutreffendes streichen
4) Nur wenn ein Aufstellungsbeschluss gefasst wurde
5) Bei mehrfacher Auslegung: Nur Zeiten der letzten Auslegung
6) Nur falls erforderlich